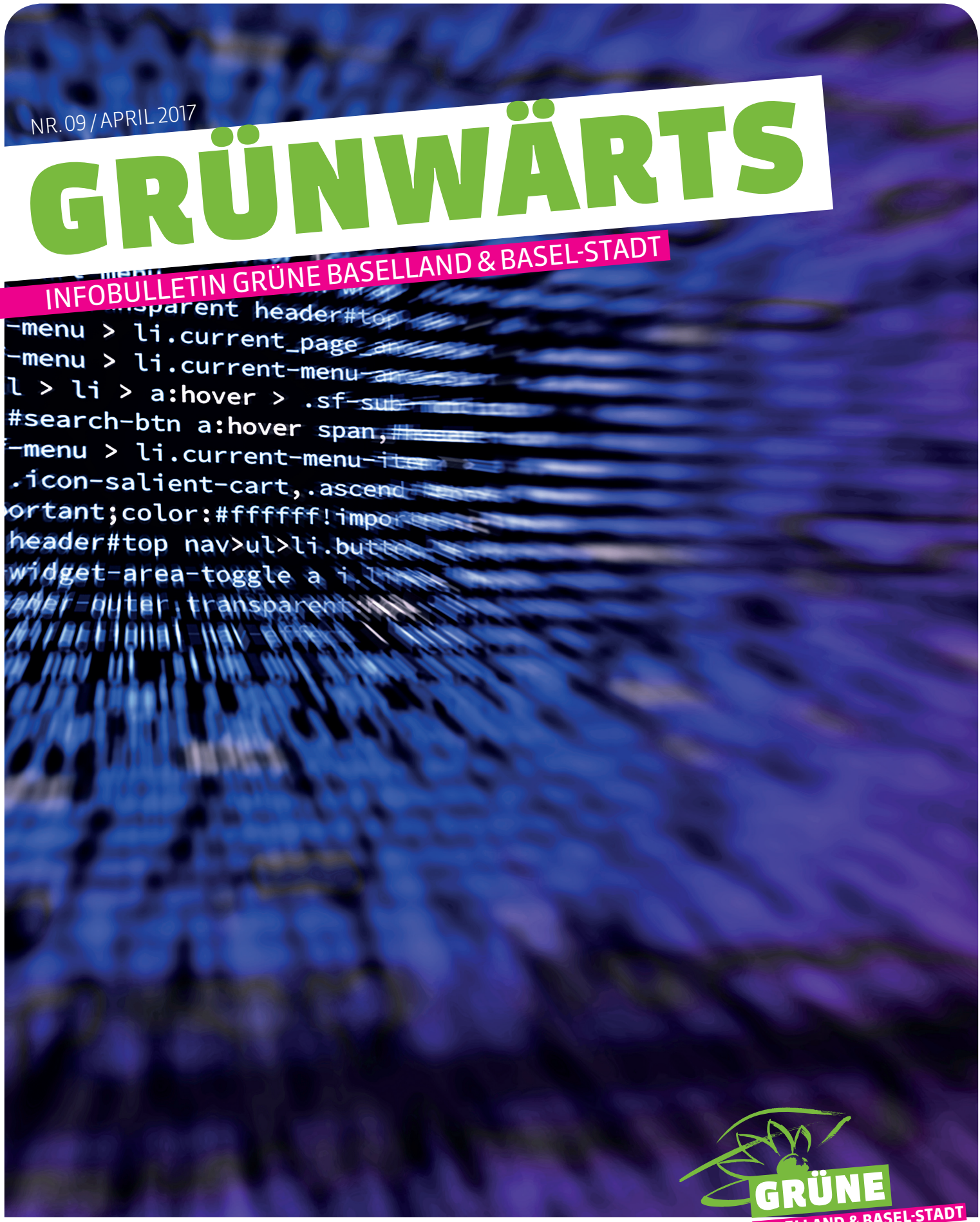
NR. 09 / APRIL 2017

GRÜNWÄRTS

INFOBULLETIN GRÜNE BASELLAND & BASEL-STADT



GRÜNE BASELLAND & BASEL-STADT

› **DIGITALISIERUNG:** CHANCEN UND RISIKEN DER REVOLUTION 4.0 S. 3–5

› **ABSTIMMUNGEN VOM 21. MAI:** ARGUMENTE UND PAROLEN AUS BEIDEN KANTONEN S. 6

› **KRIEGSMATERIALINITIATIVE:** FÜR EINE FRIEDENSPOLITIK DES PORTEMONNAIES S. 9

Inhalt und Impressum

2 Editorial

3 Thema: Digitalisierung

6 Eidgenössische Abstimmungen

8 Kantonale Abstimmungen

9 JGB Nordwest

10 Aus den Kantonen: BL

11 Aus den Kantonen: BS

12 Ortssektionen, Arbeitsgruppen, Parolen

Grünwärts – Infobulletin der Grünen Baselland und Basel-Stadt

Herausgeberin: Grüne Baselland und Basel-Stadt, Güterstrasse 83, 4053 Basel

Redaktion: Pascal Benninger, Harald Friedl, Nathalie Martin, Laura Schwab, Martin Stohler, Oliver Thommen

info@gruene-bl.ch
sekretariat@gruene-bs.ch

Gestaltung: grafik@sarahmartin.ch

Druck: Seiler Print AG

Gedruckt auf Cyclus Offset, 100% Recycling

Erscheint 4 Mal pro Jahr, Auflage 2300Ex.

Redaktionsschluss: 17. März 2017

Nächste Ausgabe: August 2017

Editorial

Foto: Nils Fisch

Die Energiewende ist weltweit in Umsetzung. Auch das Schweizer Parlament hat im Herbst 2016 das erste Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 verabschiedet, welches drei Stossrichtungen verfolgt: Energieeffizienz steigern, erneuerbare Energien ausbauen und aus der Atomenergie aussteigen. Weil das Referendum ergriffen wurde, kommt die Vorlage am 21. Mai 2017 vor das Volk und erfordert einen engagierten Abstimmungskampf.

Ein anderer Megatrend, der global an Fahrt gewinnt, ist die Digitalisierung oder Industrialisierung 4.0. Das vorliegende Grünwärts widmet sich diesem Thema und erläutert, was unter dem vielseitig verwendeten Begriff verstanden wird. Weiter werden die daraus entstehenden Herausforderungen beleuchtet und es wird der Frage nachgegangen, inwiefern die Digitalisierung auch Chancen birgt. Wir hoffen, euch durch diese Beiträge das Thema jetzt schon schmackhaft zu machen, denn wir planen für den September 2017 eine Tagung dazu. Weitere Informationen werden werden wir euch zu einem späteren Zeitpunkt zukommen lassen.

Es sind aber nicht nur globale Megatrends, die uns bewegen. Denn es ist die lokale Politik, die den direktesten Einfluss auf unseren Lebensraum hat. Und so stimmen wir am 21. Mai in beiden Basel auch über verschiedene kantonale Vorlagen ab. Auch dazu findet ihr Beiträge in dieser Ausgabe.

Ich wünsche euch eine spannende Lektüre!

Barbara Wegmann,
Vize-Präsidentin, Grüne BS

DIGITALE TRANSFORMATION – WELT IM WANDEL

Mit der dritten technischen Revolution, den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und der damit verbundenen digitalen Transformation, verändern sich Arbeits- und Lebensformen laufend und unabänderlich weiter. Unsere Welt ändert sich, nicht nur in ihren technologischen, sondern auch in ihren wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Strukturen. Betroffen sind alle Bereiche, vor allem die Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Bildung. Aber auch die sozialen und kommunikativen Lebensbereiche der Menschen verändern sich rasant. Die digitale Technik ist immer und überall und bestimmt unseren Alltag im Takt von 0 und 1. Neue Gesellschaftsbegriffe entstehen im Kontext der globalen Vernetzung. Wir reden von der virtuellen Gesellschaft, von Datenautobahnen, virtuellen Marktplätzen, Industrie 4.0, City of Bits, der digitalen Stadt, Robotik etc.

Damit die digitale Transformation gelingt, müssen sich Gesellschaft und Politik vorausschauend und vertieft mit dieser auseinandersetzen und die Voraussetzungen mittels Gesetzgebung, aber auch grundlegend in den Bereichen Infrastruktur, Bildung, Forschung, Innovation und Business schaffen. Dabei dürfen Grundwerte wie Freiheit, Unabhängigkeit, Selbstverantwortung und Selbstbestimmung nicht aufgeweicht werden. Im Spannungsfeld von Innovation, dem Ermöglichen neuer Ideen und dem Persönlichkeits- bzw. Datenschutz muss die Gesetzgebung eine austarierte, sich rasch den neuen Technologien anpassende Gesetze schaffen.

Besonders gefordert ist auch die Bildung, denn durch die fortschreitende Automatisierung verändern sich schon heute die Anforderungen beinahe aller Berufsgruppen. Immer stärker kennzeichnen sich Jobprofile durch ihre hohe Anforderung an Kreativität, Flexibilität und digitale Kompetenz. Lernen in der digitalen Welt ist mehr als der blosse Umgang mit Smartphones, Computern oder das Anwenden von Software. Ein reflektierter, konstruktiver und sinnbezogener Umgang mit digitalen Medien ist für Kinder und Jugendliche heutzutage ähnlich bedeutsam wie Rechnen, Lesen und Schreiben.

Thomas Grossenbacher, Grossrat Grüne

GUTE ARBEIT IN DER DIGITALEN SCHWEIZ

Die Gewerkschaft syndicom hat im Februar ihre Forderungen für eine erfolgreiche digitale Transformation der Schweiz vorgestellt: Zentral sind das Stärken der Sozialpartnerschaft, zusätzliche Investitionen in die Aus- und Weiterbildung sowie der Ausbau des Datenschutzes und der Mitsprache der Beschäftigten.

Als Reaktion auf den im Januar vorgestellten Digitalisierungsbericht des Bundesrats hat die Gewerkschaft syndicom im Februar ihr Manifest für eine digitale Schweiz mit sozialer Verantwortung vorgestellt. In der politischen Debatte muss zwingend auch die Perspektive der Beschäftigten einbezogen werden, ist syndicom überzeugt. Erste Signale sind positiv: Der Bund bezieht syndicom bei der Erarbeitung des zweiten Digitalisierungsberichts mit ein und die Swisscom bildet mit den Sozialpartnern eine Arbeitsgruppe, um Digitalisierungsthemen gemeinsam anzugehen. So können diese Forderungen auch bei den anstehenden Verhandlungen mit der Swisscom über die Erneuerung des Gesamtarbeitsvertrags einfliessen, dem rund 15 000 Swisscom-Mitarbeitende unterstehen.

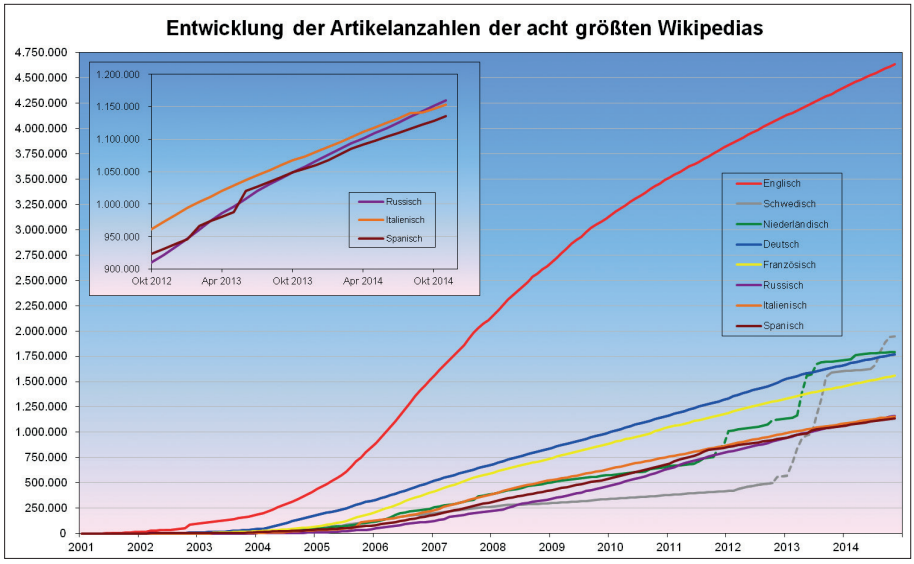
syndicom hält kursierende Szenarien über bald aussterbende Berufe für reine Angstmacherei. Denn die Gewerkschaft geht davon aus, dass es sich um einen langandauernden Prozess handelt, so dass die natürliche Fluktuation und die Anpassungen der Berufsbilder die negativen Folgen für die Berufstätigen zu einem grossen Teil abfedern wird. Kein Verständnis hat syndicom für die Forderung ideologisch geprägter Arbeitgeber, nicht mehr zwischen ArbeitnehmerInnen und selbständig Erwerbenden zu unterscheiden. Denn der Arbeitsvertrag ist eine Errungenschaft der Moderne, der den Beschäftigten materielle und soziale Sicherheit, viele Freiheiten und hohe Lebensqualität bietet.

DER SCHLÜSSEL LIEGT BEI DER BILDUNG

In einem Punkt sind sich syndicom und der Bundesrat einig: Ein Schlüssel zur erfolgreichen Bewältigung der Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt liegt in der Bildung und deren Anpassung an die zukünftig benötigten Kompetenzen. Dies gilt sowohl für die Grundschule, die Berufsbildung und die tertiäre Bildung als auch für die Aus- und Weiterbildung in den Unternehmen. Deshalb fordert syndicom von ihren Sozialpartnern, dass in den Gesamtarbeitsverträgen ein nicht verjährbarer Anspruch auf Weiterbildung verankert wird.

Auch der Gesundheitsschutz erfordert Anpassungen an das digitale Zeitalter, weil die modernen Arbeits- und Kommunikationsmittel eine räumliche und zeitliche Entgrenzung der Arbeit ermöglichen. Deshalb fordert syndicom, dass in den Gesamtarbeitsverträgen das Recht auf Nicht-Erreichbarkeit zu verankern ist, damit die Beschäftigten genügend Zeit zum Abschalten haben. Einen ebenso hohen Stellenwert wie der Gesundheitsschutz haben für syndicom die betriebliche Mitbestimmung und der Datenschutz. Denn nur Unternehmen, die ihre Beschäftigten nicht zu gläsernen Menschen machen und sie in die Entscheidfindung mit einbeziehen, werden die digitale Transformation rasch und erfolgreich schaffen.

Giorgio Pardini, Leiter Sektor ICT und Mitglied der Geschäftsleitung der Gewerkschaft syndicom



Von Toffel - Eigenes WerkData:Jan 2001 – Oct 2008: Wikipedia:Multilingual statisticsSince Nov 2008

Digitale Wissensmacht: Entwicklung der Wikipedia-Einträge.

By EnergieAgentur.NRW - http://www.flickr.com/photos/energieagentur-nrw/12101008044/, CC BY 2.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=32370396

Smart Home: Das Haus, das mitdenkt, oder das Haus, das dich überwacht?

DIGITALISIERUNG ALS CHANCE FÜR DIE UMWELT

Der kluge Einsatz neuer Technologien kann für die Umwelt massive Vorteile bringen. Denken wir nur an das vernetzte Haus. Ein «Smart Home» kann Energieverbrauch und Energiekonsum aufeinander abstimmen. Zwei Beispiele: Tiefkühltruhen und Kühlschränke können zu Energiespeichern werden, die dann Strom beziehen, wenn ihn die Solarzellen am Mittag im Überfluss produzieren – und nicht in der Nacht. Oder eine Heizung mit Sensoren: Sie kann sich dem individuellen Tagesablauf und den Wetterprognosen anpassen.

Auch im Verkehrsbereich wären innovative Lösungen denkbar. Ein Beispiel: Veloverleihsysteme könnten viel flexibler ausgestaltet werden, sodass Velos an beliebigen Orten innerhalb einer Stadt abgestellt werden können. Eine Handy-App würde mittels GPS automatisch feststellen, wo ein Velo am Schluss der Benutzung deponiert wird – und den Standort umgehend für die anderen NutzerInnen in einer Karte sichtbar machen.

Blinder Glaube an die Technik allein ist aber falsch. Die gleiche Technik, welche die Grundlage bilden könnte für eine schweizerische Auto-Teil-Genossenschaft: damit mehr als die heute durchschnittlich nur 1.6 Personen in einem Personenwagen unterwegs sind, wird heute für den Dumping-Taxi-Dienst Uber genutzt.

Die Politik und gesellschaftliches Umdenken stellen hier die Weichen. Die Grünen braucht es also umso mehr: damit der technische Fortschritt der Umwelt und dem Gemeinwohl zugutekommt und nicht bloss die Gewinne der Internetkonzerne steigert.

Balthasar Glättli, Nationalrat Grüne

DIE GESELLSCHAFTLICHE DIMENSION

LKW ohne Fahrer, Paketauslieferung durch Drohnen statt durch Postangestellte – was heute noch Science Fiction ist, kann morgen Realität sein. Es deutet vieles darauf hin, dass mit der im Gang befindlichen digitalen Revolution (Lohn-)Arbeitszeit eingespart wird und Arbeitsplätze verschwinden. Der Ersatz der Briefe durch E-Mails etwa und der damit einhergehende Abbau bei der Post belegen dies.

Dieser Wandel, in dem viel Potenzial steckt, weckt bei vielen Menschen Abstiegsängste und Ohnmachtsgefühle. Diese sind verständlich, zumal bereits Millionen von Menschen unter prekären Arbeitsbedingungen leben oder erst gar nicht in den Arbeitsmarkt hineinkommen. Was also, wenn die (Lohn-)Arbeit weiter massiv abnimmt?

Wir Grünen haben alles Interesse, und zwar über die engen Schweizer Grenzen hinaus, Vorschläge zu entwickeln, die es erlauben, solchen Abstiegsängsten entgegenzuwirken und die gesellschaftlich notwendige Arbeit und den gesellschaftlich produzierten Reichtum gerecht zu verteilen. Letzteres liesse sich in Gestalt eines Grundeinkommens realisieren, verbunden mit dem Recht auf Arbeit, realisieren.

Dies nicht nur aus Menschenfreundlichkeit, sondern weil es nur so möglich ist, den Vormarsch der Parteien ganz rechts zu stoppen.

Martin Stohler, Redaktion Grünwärts

Zum Weiterlesen

André Gorz: Wege ins Paradies. Thesen zur Krise, Automation und Zukunft der Arbeit. Berlin 1984.

Paul Mason: Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie. Übersetzung aus dem Englischen. Berlin 2016.

TAGUNG: LEBEN UND ARBEITEN 4.0

Am 23. September 2017 organisiert von Grüne BL & BS, BastA! und jgb im Regierungsgebäude in Liestal.
Weitere Informationen folgen.

JA ZUR ENERGIESTRATEGIE 2050

Die Bundesrätinnen-Mehrheit hat 2011 den Atomausstieg beschlossen (ohne Abschalttermine für die Uralt-AKW!) und die Energiestrategie 2050 eingeleitet.

Leider musste zuerst die Atomkatastrophe in Fukushima passieren, damit auch in der Schweiz die Energiewende endlich mehrheitsfähig wurde. Die damalige Bundesrätinnen-Mehrheit hat im 2011 den Atomausstieg beschlossen (ohne Abschalttermine für die Uralt-AKW!) und die Energiestrategie 2050 eingeleitet.
Nach fünfjähriger harziger Beratung hat das Parlament nun das erste Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 verabschiedet. Dagegen hat die SVP das Referendum ergriffen. Für die Grünen ist ein Ja zentral für den Ausstieg aus der Atomkraft hin zu einer effizienten, erneuerbaren Energieversorgung. Aus diesen drei Gründen setzen sich die Grünen für die Energiestrategie 2050 ein:

ENERGIEVERBRAUCH SENKEN – ENERGIEEFFIZIENZ VERBESSERN

Die umweltfreundlichste und günstigste Energie ist jene Energie, die nicht verbraucht wird. Der erste Schritt zur Energiewende ist daher die Reduktion des Verbrauchs durch Einsparungen und bessere Effizienz.

- Mit der Energiestrategie 2050 steht mehr Geld aus der CO2-Abgabe für die Sanierung von Gebäuden zur Verfügung.
- Die Energiestrategie 2050 sieht vor, die Vorschriften für den Treibstoffverbrauch zu verschärfen.
- Die wettbewerblichen Ausschreibungen werden gestärkt. Damit werden unter Konkurrenzbedingungen die jeweils wirksamsten Programme und Projekte unterstützt, die zu einem sparsameren Stromverbrauch im Industrie- und Dienstleistungsbereich sowie in Haushalten beitragen.

ERNEUERBARE ENERGIEN AUSBAUEN

Uran, Öl, Gas und Kohle sind nicht nur begrenzt vorhanden, sie gefährden beim Abbau und der Energieproduktion sowie als Atommüll und CO2-Emission Mensch, Natur und Klima. Die Energiestrategie 2050 gibt den erneuerbaren Energien in der Schweiz einen neuen Schub:

- Der Netzzuschlag zur Förderung erneuerbarer Energien wird mit der Energiestrategie 2050 von bisher maximal 1,5 Rappen pro Kilowattstunde auf maximal 2,3 Rappen pro Kilowattstunde erhöht. Damit bekommt der Ausbau der Erneuerbaren einen Schub.
- Die Energiestrategie 2050 erleichtert generell den Bau von Anlagen für erneuerbare Energien in Schutzgebieten, verbessert aber gleichzeitig den Schutz von Biotopen von nationaler Bedeutung. Dies ist ein Kompromiss der Branche der erneuerbaren Energien mit den Umweltverbänden.
- Die Planungssicherheit für den Ausbau der Erneuerbaren wird verbessert, weil mit der Energiestrategie 2050 die Kantone in ihren Richtplänen künftig geeignete Gebiete festlegen müssen.

AUS DER ATOMENERGIE AUSSTEIGEN

Atomkraftwerke sind gefährlich. Das Atommüllproblem ist nirgends auf der Welt gelöst. Und das Uran wird unter menschenverachtenden Umständen abgebaut. Die Energiestrategie 2050 enthält zwei zentrale wichtige Schritte zum vollständigen Ausstieg aus der Atomenergie:

- In der Schweiz dürfen keine neuen Atomkraftwerke gebaut werden. Die fünf Schweizer AKW werden so zu Auslaufmodellen ohne Aussicht auf Ersatz oder Veränderung bestehender Rahmenbewilligungen.
- Abgebrannte Brennstäbe dürfen nicht wiederaufbereitet werden. Aus dem bestehenden Moratorium wird endlich ein Verbot.

Was fehlt sind verbindliche maximale Laufzeiten für die bestehenden Atomkraftwerke. Diese Lücke kann aber auch noch geschlossen werden, wenn die Energiestrategie 2050 bereits in Kraft ist. Sei es durch politischen oder den Konkurrenzdruck dank immer günstigeren erneuerbaren Energien. Die Energiestrategie 2050 verdient ein überzeugtes grünes Ja!

Maya Graf, Nationalrätin Grüne BL, Vizepräsidentin NWA

JA ZUR VERFASSUNGSÄNDERUNG UND ZUSAMMENARBEIT DER BASELBIETER GEMEINDEN

Im Jahr 2009 wurden die Beiträge des Finanzausgleichs geändert, die finanzstarken Gemeinden mussten massiv mehr an die finanzschwachen Gemeinden zahlen. Es folgten gerichtliche Klagen und eine Gemeindeinitiative. In der Charta von Muttenz verpflichten sich die Gemeinden zur verstärkten Zusammenarbeit in funktionalen Räumen; der Kanton gewährt den Gemeinden im Gegenzug mehr Autonomie und berücksichtigt somit deren Unterschiedlichkeit. Die Verfassungsänderung ermöglicht diese staatspolitischen Grundsätze. Die Grünen Baselland stimmen dieser Vorlage zu und empfehlen ein Ja an der Urne.

Lotti Stokar, Landrätin Oberwil

NEIN ZUR INITIATIVE «JA ZU FACHLICH KOMPETENT AUSGEBILDETEN LEHRPERSONEN»

Die Initiative der starken Schule Baselland will die Sekundarlehrerausbildung an der pädagogischen Hochschule abschaffen und nur noch Uni-AbgängerInnen als Sek-Lehrpersonen zulassen.

Der Kanton müsste mit Annahme der Initiative die interkantonale Vereinbarung zur Anerkennung der Ausbildungsabschlüsse kündigen. Mit der Überzeugung, dass auch ohne diese Initiative die Ausbildung für Sek-Lehrpersonen gut ist, lehnt die Mitgliederversammlung in Anlehnung an den Landrat und an den Regierungsrat die Initiative ab.

Beatrice Büschlen,
Bildungsrätin Grüne BL

NEIN ZUR AUFHEBUNG DER AMTSZEIT-BESCHRÄNKUNG

Die Amtszeitbeschränkung stellt für die Wahlberechtigten eine Beschränkung dar. Auf der anderen Seite geniessen aber Bisherige auch bei jedem Wahlgang einen Vorteil gegenüber neuen KandidatInnen; sie profitieren von erhöhter Medienpräsenz und der menschlichen Risikoaversion, was die neuen KandidatInnen benachteiligt. Störend an dieser Vorlage ist, dass sie von der SVP-Fraktion lanciert wurde, welche aktuell mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder aufgrund der Amtszeitbeschränkung ersetzen müsste. Die Interessen der politischen Freiheit abzuwägen und in ein Gleichgewicht zu bringen, dürfte in 900 Zeichen kaum möglich sein. Halten wir uns deshalb an die Vernehmlassung der Gemeinde Ramlinsburg. Auf das Argument der BefürworterInnen, die Einarbeitung in das Parlament könne mehrere Legislaturen in Anspruch nehmen, wird da erwidert: «Wäre das bei den betroffenen Landratsmitgliedern der Fall, bedeutete das Ende ihrer Amtszeit wohl keinen grossen Verlust.»

Bálint Csontos, Co-Präsident
junges grünes bündnis nordwest

ZUKUNFTSFÄHIGE SPITALVERSORGUNG STATT NOSTALGIE: NEIN ZUR BRUDERHOLZINITIATIVE

Die Bruderholzinitiative beschränkt sich keineswegs auf die Erhaltung des heutigen Bruderholzspitals. Vielmehr soll im Gesundheitsgesetz festgeschrieben werden: «Das KSBL sichert die Grundversorgung in Laufen und die erweiterte Grundversorgung an den Standorten Bruderholz und Liestal im stationären und ambulanten Bereich.» Mit diesen Festschreibungen werden der Spitalplanung enge Grenzen gesetzt. Insbesondere wird das Projekt Vesal mit dem Ziel einer gemeinsamen, bedarfsgerechten und qualitativ optimalen Spitalversorgung beider Basel gefährdet. Mit den Festlegungen gemäss Initiative geht der Kanton das Risiko ein, Spitalkapazitäten aus «regionalpolitischen Gründen» erhalten zu müssen. Dafür müssten gemeinwirtschaftliche Leistungen durch den Kanton getragen werden – und dies erst noch auf Kosten der Qualität. Die Bündelung von Ressourcen für eine optimale Versorgung würde verunmöglicht. Wir Grünen kämpfen gegen die Kahlschläge bei der Gesundheitsprävention im Kanton. Unnötige Spitalkapazitäten zu finanzieren, würde auch die Möglichkeiten der Prävention weiter begrenzen. Die MV der Grünen lehnt die sogenannte Bruderholzinitiative klar ab!

Marie-Theres Beeler, Landrätin Liestal

JA ZUR AUFHEBUNG DES ALKOHOLVERBOTS IN JUGENDZENTREN

Der Verein Jugendarbeit Basel (Juar), der sieben Jugendhäuser betreibt, unterstützt eine Lockerung des Alkoholverbots in seinen Jugendhäusern. Er argumentiert, dass der Auschluss von Alkohol im jugendkulturellen Alltag sich weder präventiv noch vertrauensbildend oder entwicklungsfördernd auswirkt. Der grösste Teil ihrer Betriebe wird auch in Zukunft «alkoholfrei» bleiben.

Der Alkohol ist so fest in unserer Gesellschaft verankert, dass sich auch heute Situationen ergeben, wo wir uns immer noch rechtfertigen müssen, wenn wir keinen Alkohol trinken. Das bisherige Alkoholverbot war auch ein Schutz vor Gruppendruck unter Jugendlichen und dem in diesem Alter so wichtigen Gefühl dazu zu gehören. Dieser Schutz darf nicht fallen. Im Gegenteil wird es wichtig sein, Nein sagen zu können. Diese Haltung muss auch aktiv gestützt werden. Schlüssel für eine erfolgreiche Umsetzung sind die Leitungen der Jugendinstitutionen und die JugendarbeiterInnen, die ihre Verantwortung wahrnehmen und den Alkoholkonsum mit den Jugendlichen thematisieren. Dass Jugendliche bei ihren ersten Erfahrungen mit Alkohol von Fachleuten begleitet werden sollen, ist zu begrüssen und sicher besser als heimliches Sich-Betrinken. Die Jugendinstitutionen werden gefordert sein und beweisen müssen, dass sie dieser pädagogischen Herausforderung gewachsen sind. Mit der Gesetzesänderung muss zwingend eine erkennbare Verbesserung in der Alkoholprävention bei Jugendlichen einhergehen, sonst besteht die Gefahr, dass sich die gute Absicht umkehrt und sie sich im schlimmsten Fall kontraproduktiv auswirkt. Doch auch die PolitikerInnen dürfen sich ihrer Verantwortung nicht entziehen. Es genügt nicht, im Grossen Rat seine Zustimmung für eine Lockerung des Alkoholverbots abzugeben. Bei einer Annahme der Gesetzesänderung müssen zwingend ein Monitoring eingeführt, die Entwicklung begleitet und allfällige Korrekturen vorgenommen werden.

Thomas Grossenbacher, Grossrat Grüne

WAHLEN BÜRGERGEMEINDE BASEL

Bei den Bürgergemeinderatswahlen treten wir auf der gemeinsamen Liste mit BastA! und dem jgb mit zwanzig Kandidierenden an. Neben den drei Bisherigen Claudius Gelzer, Stefan Rommerskirchen und Jürg Stöcklin treten mit dem Slogan «Gemeinsam Vielfalt schaffen» folgende Kandidierenden an: Victor Bättig (jgb), Harald Friedl, Christoph Gassmann, Sarah Grossenbacher, Lukas Holm, Anita Lachenmeier, Michelle Lachenmeier, Lucienne Renaud, Eveline Rommerskirchen, Jan Schudel, Monica Staehelin, Cristina Steinle, Lea Steinle, Michael Steinle, Fabienne Stoll, Eva Strub (jgb), Jérôme Thiriet, Marc Zimmermann.

Persönlichen Favoriten können bis zu drei Stimmen auf der Liste gegeben werden.

Claudius Gelzer

Stefan Rommerskirchen

Jürg Stöcklin

JA ZU EINER KOMFORTABLEN UND SCHNELLEN VELOVERBINDUNG

Der Veloverkehr geniesst in Basel ein hohes Ansehen und hat in den letzten Jahren zugenommen. Deshalb braucht es eine Investition in das Velonetz. Der Veloring ist der erste und längst fällige Umsetzungsschritt im Zuge des Teilrichtplans Velo aus dem Jahr 2013. Der Veloring schafft ausser dem Zolli-Steg keine neuen Veloverbindungen. Er stellt aber eine gut signalisierte und deutlich erkennbare Veloroute dar, auf der Velofahrende jeglichen Alters sicher, komfortabel und zügig vorwärtskommen können. Ein attraktiver Veloring hat gar das Potenzial, zu Basels touristischem Aushängeschild als Velostadt zu werden.

Der Veloring ist preiswert, sieht keine neuen T30-Strecken vor und betrifft auch kaum Hauptachsen des Autoverkehrs. Zudem werden Autos und Velos an den Kreuzungen gleich behandelt und für den öV bleiben die Vortrittsberechtigungen unangetastet. Der bereits beschlossene Zolli-Steg, der den problematischen Dorenbach-Kreisel umgeht und eine attraktive Verbindung zwischen Gundeldingen und Bachletten bringt, wird auch für FussgängerInnen begehbar sein. Auch öV und übriger Verkehr werden vom Veloring profitieren, wenn mehr Leute auf das Velo setzen. Denn mehr Veloverkehr heisst weniger Autos und damit flüssigeres Fahren.

Die letzten namhaften Investitionen ins Basler Velonetz liegen Jahre zurück und es ist an der Zeit, den nächsten Schritt zur Velostadt zu machen. Die 25 Millionen Franken für den Veloring ohne Sevogelsteg sind verglichen mit Investitionen in Auto- und öV-Projekte gut investiertes Geld. Für dieses sinnvolle Projekt setzt sich daher ein breites Komitee von wirklich wirtschaftsfreundlichen Verbänden und Parteien ein.

Harald Friedl, Präsident
Grüne Basel-Stadt und Mitinitiant

KRIEGSGESCHÄFTE: DEN GELDHAHN ZUDREHEN

Foto: flickr.com/photos/68751915@N05/6355351769

Milliarden fliessen in Kriegsgeschäfte. Eine neue Initiative der GSoA und der Jungen Grünen will dem nun einen Riegel schieben.

Schweizer Handgranaten in Syrien: Dies ist nur einer der Fälle, bei dem in der Schweiz hergestellte Waffen in einem Konflikt im Ausland eingesetzt wurden. Das Moratorium der Schweiz für Waffenlieferungen an Länder, die im Jemen-Konflikt involviert sind (wie z.B. Saudi-Arabien) hat der Bundesrat im Frühjahr 2016 wieder beendet. Es herrscht damit freie Fahrt für die Rüstungsindustrie.
Von friedensaktivistischer Seite her ist die naheliegende Antwort, Waffenexporte zu verbieten. Dies wurde auch versucht, aber die Initiative der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) für ein Verbot von Waffenexporten ist im November 2009 am Nein der Stimmberechtigten gescheitert. Nun aber die Frage: Setzt ein Verbot des Waffenexports nicht eigentlich schon einen Schritt zu spät an? Wäre es nicht noch besser, es würden gar keine Waffen produziert? Sollte nicht von Anfang an niemand mit dem Waffengeschäft Geld verdienen können?

ARBEITET DEIN GELD FÜR DEN KRIEG?

Dies will die neue Initiative «Für ein Verbot von Kriegsgeschäften» der GSoA, der Jungen Grünen Schweiz (JGS) und weiterer Organisationen. Schweizer Finanzinstitute und Finanzintermediäre (das heisst die Nationalbank, Banken, Versicherungen, Pensionskassen und Stiftungen) sollen nicht mehr in Unternehmen investieren dürfen, die im Waffengeschäft tätig sind. Und dies soll weltweit gelten, also nicht nur für Schweizer Waffenunternehmen.
Denn während jede Person mit der Wahl der Bank ein bisschen Einfluss auf die Anlagedestinatäre des eigenen Gelds hat, ist dies als VersicherungsnehmerIn bei der Wahl der Pensionskasse nicht beeinflussbar. Das Gleiche gilt für die Nationalbank. Es ist ein Skandal, dass mit Schweizer Geldern (und mit ausländischen Geldern, die in der Schweiz angelegt sind) Unternehmen gefördert werden, die von Kriegen, Tod und Leid von Menschen profitieren. Nicht zuletzt verursachen wir damit auch menschliches Leid, und es kommt dazu, dass Menschen aus ihrem Heimatland fliehen müssen.

FINANZINSTITUTE IN DIE PFLICHT NEHMEN

Die von Schweizer Instituten ins Kriegsgeschäft investierten Gelder bewegen sich in Milliardenhöhe. Alleine die UBS hat laut dem Bericht «Don't Bank on the Bomb» im Jahr 2015 5,6 Millionen Dollar in die Atomwaffenindustrie investiert.
Indem geschaut wird, wo Geld hinfliesst, kann in unserer Welt viel gesteuert werden. Genau darum darf kein Geld mehr in solche Industrien fliessen. Natürlich gilt diese Initiative nur für die Schweizer Finanzinstitute. Diese werden die Kriege und die Waffenfirmen nicht von heute auf morgen stoppen können. Es geht aber darum, dass wir bestimmen können, was mit unserem Geld passiert – und dass wir sagen können: Nein, das wollen wir nicht!
Die JGS tragen diese Initiative zusammen mit der GSoA. Keine Partei ausser den Grünen setzt sich derart für eine weltweite Friedenspolitik ein. Die Jungen Grünen haben bereits mit der Zersiedelungsinitiative ihre Fähigkeit, eine nationale Initiative zu sammeln, bewiesen. Dies war ein grosser Erfolg. Den Elan der Zersiedelungsinitiative können wir gleich nutzen, um für diese Initiative weiterzusammeln. Anders als bei der Zersiedelungsinitiative wird die Organisation der Initiative von der GSoA getragen – dann können wir uns ab April voll auf das Sammeln der Unterschriften konzentrieren.
Jetzt auch online unterschreiben unter Wecollect.ch.

Meret Rehmann,
Vorstandsmitglied jgb

NEIN ZUM SPARHAMMER IM ÖFFENTLICHEN VERKEHR

Der Landrat hat den 8. generellen Leistungsauftrag (GLA) im Bereich des öffentlichen Verkehrs beraten. Damit werden für die nächsten vier Jahre das Netz der öffentlichen Verkehrsmittel und das Kursangebot festgelegt. Die bürgerliche Ratsmehrheit hatte vor einem Jahr verlangt, dass mindestens 900 000 Fr. eingespart werden müssen. Deshalb hat der Regierungsrat unter anderem die Einstellung des Betriebs der S9 (Läufelfingerli) vorgeschlagen. Der Landrat hat diesem Vorschlag zugestimmt und lehnte den Antrag unserer Fraktion, die S9 weiterhin als Bahn zu betreiben, mit 47:34 Stimmen ab. Der Anschluss nach Olten und ins Mittelland wird somit unattraktiv, die erst kürzlich in die Stationen investierten Millionen sind in den Sand gesetzt und die geplante Aufwertung der Linie mit der Verlängerung nach Liestal auf den Sanktnimmerleinstag verschoben. Das ist unsinnig. Die Grünen Baselland unterstützen das Referendum gegen Teile des Beschlusses vom 8. GLA. Die Abstimmung findet am 24. September 2017 statt, www.pros9.ch.
Erfolgreich waren wir hingegen mit dem Antrag, von einer Kürzung auf den Buslinien in der Agglo abzusehen.

Lotti Stokar, Mitglied der Bau- und Planungskommission des Landrates

FACHGRUPPEN WERDEN ZU EXPERTENPOOLS – WIR BRAUCHEN DEINE UNTERSTÜTZUNG

Fachgruppen sind unsere inhaltlichen Foren, die Beratungsstelle der LandrätInnen. Sie machen Vorschläge für Vorstösse und führen inhaltliche Diskussionen zu grünen Themen. Komplexe Vernehmlassungen der Grünen Baselland werden ebenfalls in den Fachgruppen beraten.

UMWELT UND ENERGIE

Aktuell wird unsere grüne «Strom ohne Atom»-Initiative intensiv diskutiert. Die Fachgruppe trifft sich regelmässig, um das Vorgehen bezüglich Initiative sowie die Energiepolitik des Kantons zu gestalten. Nach dem Nein zum Energiegesetz im Kanton Baselland braucht es konstruktive Vorschläge – die ExpertInnen der Fachgruppe Umwelt und Energie rund um «Mister Energie» Philipp Schoch sind dran.

GESUNDHEIT UND SOZIALES

Unsere jahrelange Gesundheitspolitik namentlich bei der Spitalplanung trägt nun Früchte. Die aktive Gruppe rund um Marie-Theres Beeler und Rahel Bänziger hat schon einiges bewirkt. Neben der Gesundheit sind hier auch weitere topaktuelle Themen wie die Migration, Sozialbeiträge und Ergänzungsleistungen angesiedelt – wichtige Themen der Grünen, die in dieser Gruppe gestärkt werden.

BILDUNG

Die Fachgruppe Bildung hat in den letzten Jahren eine Vielzahl an Vernehmlassungen bearbeitet. Rund um Beatrice Büschlen hat sich eine aktive Gruppe zum Thema Bildungspolitik gebildet. Neue Mitglieder sind auch hier herzlich willkommen.

VERKEHR UND RAUMPLANUNG

Sei es das Raumplanungsgesetz, komplexe Verkehrsvorlagen oder auch der Flugverkehr – die Fachgruppe Verkehr und Raumplanung hat viel zu tun. Sie bearbeitet ein Kernthema der grünen Politik, da sind neue Ideen gefragt.

GRÜNE WIRTSCHAFT

Auch nach der Abstimmung zur «Grünen Wirtschaft» braucht es visionäre Ansätze für eine grüne Wirtschaft. Wie können wir die Wirtschaft mitgestalten? Wie bearbeiten wir auch Themen wie Postwachstum – und wie verhindern wir Greenwashing? Was sind die kantonalen Hebel, die wir nutzen können? Die Gruppe ist bikantonal organisiert.

DIGITALISIERUNG

Die bikantonale Fachgruppe hat sich aus VertreterInnen des jungen grünen bündnis nordwest neu formiert. Ihre Schwerpunkte liegen bei politischen Entscheidungen im Bereich Digitalisierung, persönliches Online-Verhalten und die digitalen Medien im Wahlkampf.

JUSTIZ

Diese Fachgruppe besteht aus unseren gewählten RichterInnen und weiteren Personen mit juristischem Hintergrund und/oder Interesse.

Hast du Lust, bei einer Gruppe mitzuarbeiten und dein Wissen einzubringen? Die Grünen Baselland freuen sich über dein Engagement. Melde dich auf dem Sekretariat unter info@gruene-bl.ch und du wirst über die nächsten Sitzungsdaten und die FachgruppenleiterInnen informiert.

Nathalie Martin,
Geschäftsführerin Grüne Baselland

VERABSCHIEDUNG UND GROSSES DANKESCHÖN

Während zwölf Jahren vertrat uns Guy Morin im Regierungsrat. An unserer Jahresversammlung wurden seine Leistungen gewürdigt und er wurde mit einem Applaus verabschiedet.

Es war alles andere als selbstverständlich, dass Guy Morin vor zwölf Jahren in den Regierungsrat gewählt wurde. Mit seiner Wahl etablierte sich Rot-Grün als Regierungsmehrheit. Das war massgeblich auch sein ganz persönliches Verdienst. Der Wahlerfolg ermöglichte in den kommenden Jahren die fortschrittliche und soziale Politik, für welche das rot-grüne Basel mittlerweile schweizweit bekannt ist. Guy war als jüngstes Regierungsmitglied zuerst vier Jahre lang Justizminister. Als solcher war er mit der Umsetzung der neuen Kantonsverfassung betraut. Er prägte die damit einhergehende Verwaltungsreform und die Einführung des Präsidialpräsidiums mit seinem Vorsteher als ständigem Präsidenten des Regierungsrats. In der Öffentlichkeit wird oft unterschätzt, wie stark sich Basel dadurch verändert hat. Die Reform hatte zur Folge, dass die Verantwortung für das Gesamtwohl des Kantons in der Person des Regierungsrats-Präsidenten institutionalisiert wurde. Guy Morin hat dieses Anliegen gerne und gut erfüllt, es entsprach seinem Naturell, seinem Verantwortungsgefühl und auch dem strategischen Anliegen der Grünen, Basel nicht nur als weltoffene, grüne und soziale Stadt, sondern verstärkt auch als Zentrum der trinationalen Agglomeration zu entwickeln. In den acht Jahren, in welchen Guy Morin als Aussenminister wirkte, wurde mit dem trinationalen Eurodistrikt Basel oder der Metropolitankonferenz NWCH die Zusammenarbeit über die Grenzen intensiviert und es entstanden trinationale Studiengänge, grenzüberschreitende ÖV-Verbindungen, der Museums-Pass, Interreg-Projekte, und die 3-Landentwicklung oder die Hafenplanung im Norden Basels. Auch als Kulturminister hat Guy viel erreicht. Das Ja zum Kasernenumbau hat nicht nur ihn persönlich, sondern alle gefreut, die an einer lebendigen Stadtentwicklung interessiert sind. Mit den Erweiterungsbauten des Kunstmuseums, dem Casino mit seinem Musiksaal, dem geplanten Neubau des Naturhistorischen Museums zusammen mit dem Staatsarchiv sind zahlreiche Leuchtturmprojekte unterwegs, die Basel prägen werden. Schliesslich hat es Guy auch geschafft, mit dem Wohnraumförderungsgesetz städtische Verdichtung und sozialen Wohnungsbau als Themen zu etablieren und die Quartierarbeit verstärkt ins Zentrum zu rücken.

Was bleibt? Als erster Regierungsratspräsident hatte Guy Morin keinen einfachen Job. Es war ein Aufbruch ins Unbekannte, manche meinen gar, ein Himmelfahrtskommando. Es war aber ein guter Anfang, und die Grünen danken ihm für sein unermüdliches Engagement für unsere Sache und auch dafür, dass er seiner Nachfolgerin den Weg bereitet hat, die jetzt an seine Aufbauarbeit anknüpfen kann.

Jürg Stöcklin, Grossrat Grüne

GRÜNE TAKTIK

Das Grüne Bündnis hat 13 von 100 Sitzen im Grossen Rat. Wir brauchen also für unsere Ideen Verbündete. Und das beginnt bereits beim Lancieren eines Vorstosses. Ziel: Möglichst viele Unterzeichnende aus verschiedenen Fraktionen zu gewinnen, in der Hoffnung, dass sich diese in ihren Fraktionen für die Idee starkmachen. So steigen die Chancen auf eine Mehrheit.

Da stehe ich also mit meinem Blatt in der Hand. Die SP mit 35 Sitzen ist wichtig und mit ihr haben wir mit 48 Stimmen schon fast die Mehrheit. Nur reicht dies noch nicht, und ich brauche auch Unterstützung von den Bürgerlichen. Komme ich bei ihnen mit einem Blatt lauter grüner und SP-Unterschriften an, riecht das nach einer verdächtig linken Idee. Komme ich jedoch mit einem leeren Blatt, sind viele PolitikerInnen aus der Mitte sehr vorsichtig. Denn bei den aktuellen Mehrheitsverhältnissen machen einzelne Personen den Unterschied zu Gunsten von Rot-Grün und da möchten sie – verständlicherweise – ihre Fraktionen nicht vor den Kopf stossen.

Wie man sieht, ist es im Moment gar nicht so einfach. Wichtig ist letzten Endes, gut vernetzt zu sein, damit sich das Gegenüber die nötige Zeit nimmt und zuhört. Denn an guten Argumenten hat es uns noch nie gefehlt.

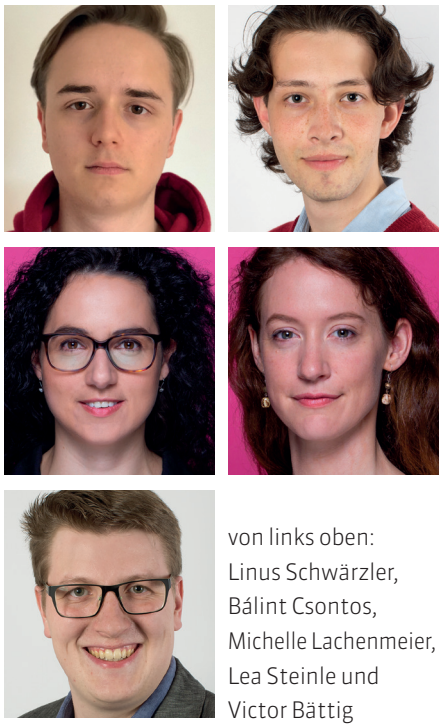
Raphael Fuhrer, Grossrat Grüne

Ortssektionen und Arbeitsgruppen

NEUE VORSTÄNDE

An den Jahresversammlungen der Grünen Basel-Stadt und Baselland wurden jeweils die Vorstände bestätigt und neue Vorstände gewählt. Linus Schwärzler (Vertretung Grüne Sissach) und Bálint Csontos (Fachgruppe Digitalisierung) wurden neu in den Vorstand der Grünen BL gewählt.

In Basel-Stadt wurden Lea Steinle und Michelle Lachenmeier neu in den Vorstand gewählt sowie Victor Bättig als jgb-Vertretung. Zurückgetreten sind Ugur Camlibel, Samson Rentsch und Marc Zimmermann. Zudem wurde Harald Friedl zum Präsidenten der Grünen BS und Barbara Wegmann zur Vizepräsidentin gewählt.



von links oben: Linus Schwärzler, Bálint Csontos, Michelle Lachenmeier, Lea Steinle und Victor Bättig

FÜHRUNG PRO SPECIE RARA

Herzliche Einladung an Mitglieder und SympathisantInnen: die Grünen Basel-Stadt, Baselland und das jgb laden ein zur gemeinsamen Sommer-Mitgliederversammlung inklusive Führung in den Gärten von Pro Specie Rara.
Dienstag, 15. August 2017, 17.30 Uhr
Treffpunkt: Beim Hauptsitz Pro Specie Rara in den Merian-Gärten (neben der Mühle)
Ab 17.30 Uhr Führung durch die Merian-Gärten. Anmeldung bis zum 1. Juni unter info@gruene-bl.ch (Teilnehmerzahl beschränkt).
Ab 19.00 Uhr gemeinsame MV

WAHLEN IN RIEHEN

Am 4. Februar 2018 wird in Riehen der Einwohnerrat und der Gemeinderat neu gewählt. Wir wollen zusammen mit BastA! und dem jungen grünen bündnis mit einer möglichst vollen Liste antreten und brauchen daher jede Unterstützung.
Falls Du selbst kandidieren kannst oder eine geeignete Person aus Riehen kennst, melde Dich bei Einwohnerrätin Marianne Hazenkamp.
(marianne.hazenkamp@hotmail.com)

PAROLEN 21. MAI

EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN

→ **Ja** zum Energiegesetz

KANTONALE VORLAGEN BL

→ **Nein** zur Bruderholzinitiative

→ **Nein** zur Initiative «Ja zu fachlich kompetent ausgebildeten Lehrpersonen»

→ **Nein** zur Abschaffung der Amtszeitbeschränkung im Landrat

→ **Ja** zur Änderung der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft betreffend Aufgabenzuordnung und Zusammenarbeit der Baselbieter Gemeinden

KANTONALE VORLAGEN BS

→ **Ja** zur Initiative «für eine ringförmige Velo-Komfortroute»

→ **Ja** zur Änderung des Gesetzes über das Gastgewerbe

AGENDA

27. April: Stammtisch Kleinbasel

28. April: Stammtisch West

1. Mai-Fest

6. Mai: Stammtisch Ost

13. Mai: eco.festival

10. Juni: Netzwerktreffen Grüne Städte (GPS)

17. Juni: 10 Jahre Jubiläum jgb / Sommerfest

24. Juni: Debattentag (GPS) für alle Mitglieder und Interessierte

15. August : MV Grüne BL & BS: inkl Führung bei Pro Specie Rara

DAS LETZTE

US-Präsident Donald Trump hat bekanntlich kleine Hände, weswegen er gewissen staatlichen Stellen (Umwelt, Soziales usw.) auch nur wenig Geld geben kann. Ob denn auch die Baselbieter Bürgerlichen aufgrund ihrer Ausgabenpolitik kleinhändig seien, konnten wir nicht verifizieren. Darum hier der alternative Fakt: Um von diesem Verdacht abzulenken, wollten sie das Läufelfingerli zunächst in Läufelfinger umbenennen und erst dann einmotten. It's true. Period. Alle Idiotikone bestätigen dies. Auch der Chef-Relativierer Roger Köppel würde diese Ansicht bestimmt mittragen. Denn fachsimpelte er nicht, dass der Klimawandel gar nicht so schlimm sei, denn schon bei den Römern war es warm. Und hatten die RömerInnen ein Läufelfingerli? Eben. Dafür kannten sie statt der via ferrata das referendum. Und bei diesem ist die Grösse der Hände egal, dafür der Wille zum Sammeln gefragt.
Mehr Infos: Pros9.ch